

Regeln für Einbürgerung

CDU-Politiker wollen Bundesgesetz – Bade kritisiert Debatte

AP/dpa/hav **FRANKFURT AM MAIN/OSNABRÜCK.** Politiker der großen Koalition dringen auf bundeseinheitliche Regeln für die Einbürgerung von Ausländern. Entsprechende Appelle an die Innenministerkonferenz überlagerten am Dienstag den anhaltenden Streit um die Fragenkataloge aus Hessen und Baden-Württemberg.

Der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach drohte mit einem Bundesgesetz für den Fall, dass eine Einigung am Widerstand einzelner Bundesländer scheitern sollte. Ähnlich äußerte sich Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) zu den Einbürgerungstests. „Es kann nicht sein, dass man die Staatsbürgerschaft in einem Bundesland leichter als in einem anderen erwerben kann“, sagte er dem „Südkurier“.

Die CDU-geführten Länder sind sich unterdessen be-

reits weitgehend einig über die Einführung von Einbürgerungstests.

Der Osnabrücker Migrationsforscher Prof. Klaus J. Bade kritisierte die Einbürgerungsdebatte. „Die Deutschen tun so, als müssten sie den Andrang an den deutschen Grenzen sortieren nach Eignung für die Einbürgerung“, sagte er am Dienstag unserer Zeitung. „Das ist ein Irrtum: Dieser vermeintliche Andrang von außen nimmt rapide ab.“

Deutschland stehe vor einer statistischen Wende zum Auswanderungsland. Die potenziellen Einbürgerungskandidaten lebten „in der millionenstarken Mehrheit“ schon seit Jahrzehnten im Lande. Ein ständig wachsender Anteil von ihnen sei bereits hier geboren. „Diese Inländer mit ausländischem Pass sind längst De-facto-Einwanderer, obgleich sie es

noch nicht de jure sind“, unterstrich Bade.

Grüne, FDP und Teile der SPD kritisierten scharf die Kürzung der Gelder für Integrationskurse im Bundeshaushalt. Der Grünen-Abgeordnete Josef Winkler wandte sich gegen die Absicht der großen Koalition, die Gelder für die im Zuwanderungsgesetz vorgesehenen Integrationskurse um 67 Millionen Euro oder rund 30 Prozent zusammenzustreichen. Der FDP-Innenpolitiker Max Stadler sagte: „Die Kürzungen sind ein Skandal.“

Kritisch äußerte sich auch der SPD-Politiker und Vorsitzende des Innenausschusses, Sebastian Edathy: „Es muss Ziel des Bundestages sein, in den Haushaltsberatungen die Absenkung der Mittel zu mildern.“ Der Innenausschuss sehe die Kürzung fraktionsübergreifend kritisch.